Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Kuhschnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

68. Jahrgang

Nr. 246 — Hauptinsertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk — Sonntag, den 20. Oktober — Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk — **1918.**

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg., durch die Post bezogen 3 Mk. 12 Pfg. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm Ebert-Straße 1b, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. — Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 20, für auswärtige Besteller mit 25 Pfg. berechnet. — Reklamezeile 50 Pfg. — Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 60 Pfg., für Auswärtige 75 Pfg. Fernsprech-Anschluß Nr. 7. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Lichtenstein.

Kartoffelverkauf, in der üblichen Nummernfolge, bl. Karte 7 Pfd. 63 Pfg., br. Karte 5 Pfd. 45 Pfg. Bezahlung im Lebensmittelamt. Montag 8—12 3—5. Dienstag 8—11. Die Ausgabe im Kartoffelkeller geschieht in nachstehender Weise: Montag 8—12 Nr. 1—400, 1—6 Nr. 401—850, Dienstag 7—12, Nr. 851—1300, 1—6 Nr. 1301 bis 1750, Mittwoch 7—12 Nr. 1751—Ende.

Strickerinnen von Callnberg.

Ablieferung sämtlicher Strümpfe und Garnreste Dienstag d. 22. Okt. Nr. 251 bis Ende nachm. 3—4 Uhr, Nr. 201—250 nachm. 4—5 Uhr, Nr. 151 bis 200 nachm. 5—6 Uhr; Mittwoch, d. 23. Okt., Nr. 101—150 nachm. 3—4 Uhr, Nr. 51—100 nachm. 4—5 Uhr, Nr. 1—50 nachm. 5—6 Uhr.

Der Ortsausschuß für Kriegshilfe.

Verkauf von Weißkraut

Montag, den 21. Oktober von vorm. 8 Uhr an. 10 Pfd. 1.— Mk. solange der Vorrat reicht.

Der Ortsernährungsausschuß für Callnberg.

Buttersammelstelle.

Der Gemeinderat hat zufolge ministerieller Verordnung die Errichtung einer Butter- und Quarksammelstelle im Hauptgeschäft des hiesigen Konsumvereins beschlossen. Alle Erzeuger haben vom Erscheinen dieser Bekanntmachung ab sämtliche erzeugten Butter- und Quarkmengen, soweit sie nicht zur eigenen Versorgung verwendet werden dürfen, jede Woche

Dienstags und Donnerstags

im Consumverein gegen Quittung und sofortige Bezahlung abzuliefern.

Als Erzeugerpreise werden gezahlt für **Butter 3,80 Mk.** und für **Quark 0,80 Mk. pro Pfund.** Die Butter ist geformt in halben Pfundstückchen abzuliefern.

Es wird hiermit den Erzeugern verboten, **Butter und Quark an die Verbraucher direkt zu verkaufen. Ueberschreitungen werden unnachsichtlich bestraft. Ebenso wird das unberechtigte Zurückhalten von Butter und Quark streng bestraft werden.**

Hohndorf, (Bez. Chemnitz) den 18. Oktober 1918.

Der Gemeindevorstand.

Bekanntmachung,

die nachträgliche Belieferung von Zuckerkarten betr.

Die nachträgliche Belieferung des am 15. Oktober 1918 verfallenen dritten Abschnittes der Zuckerkarte „Reihe 10" durch Kleinhändler wird bis zum

25. Oktober 1918

nachgelassen.

Nach dem 25. Oktober darf Zucker auf Karten der Reihe 10 nur noch in den in der Bekanntmachung vom 4. Oktober 1918 — 762a VLA Ie —, die Zuckerkarten der Reihe 10 betreffend, angeführten Ausnahmefällen abgegeben werden.

Die Kleinhändler haben zur Abänderung der bereits eingereichten Bestandsaufnahmekarten die nachträglich gelieferten Mengen ihrem Großhändler spätestens bis zum 31. Oktober 1918 zu melden.

Dresden, am 17. Oktober 1918.

Ministerium des Innern.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Die nächste Sitzung des Reichstages findet Dienstag, den 22. Oktober, nachm. 2 Uhr statt.

* Wie wir erfahren, ist noch für die Wintertagung des Reichstages mit der Einbringung neuer großer Steuervorlagen für das Reich zu rechnen.

* Wie die „Neue Freie Presse" meldet, dürfen nach dem Eintreffen der Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn und die Türkei in Wien Konferenzen der Mittelmächte mit der Türkei stattfinden, um gemeinsam die Stellungnahme zu den Ententevorschlägen festzulegen.

* Es verlautet, daß der demnächst zusammentretende ukrainische Landestag die Ukraine als Monarchie erklären werde.

* Aus Newyork wird berichtet: Bei einem Waldbrande in Nordminnesota, zwischen Ashland und dem Rooselake, sind schätzungsweise 500 Personen verbrannt. Der Verlust an Eigentum beläuft sich auf viele Millionen Dollar.

* Die österreichischen Umwandlungen begegnen Widerstand von allen Seiten, am schlimmsten gebärden sich die Tschechen. Sie verlangen die Lausitz und Preußisch-Schlesien.

* In Paris hat sich eine tschecho-slowakische Regierung gebildet.

* Mit arger Verspätung ist der Wortlaut der Wilsonschen Note in Berlin eingetroffen und dem auswärtigen Amte vom schweizerischen Gesandten übermittelt worden. Er deckt sich inhaltlich voll mit den uns bisher bekannt gewordenen Reutertexten.

* Gegenüber dem hartnäckigen Gerücht, daß Bayern ein Sonderfriedensangebot erhalten habe, hat Ministerpräsident von Dandl nunmehr Veranlassung genommen, mehreren Abgeordneten zu erklären, daß das Gerücht völlig auf Erfindung beruht.

* Es liegen Meldungen vor, daß Marinetruppen der Entente die befestigten Städte der bulgarischen Schwarzenmeerküste besetzt haben, um, wie es heißt, dort aller Wahrscheinlichkeit nach Stützpunkte der Alliierten-Flotte zu schaffen.

Die deutsche Antwort.

Wie wir aus Reichstagskreisen erfahren, haben die Beratungen über die deutsche Antwortnote ihren Abschluß gefunden, und die zuständigen Stellen sind augenblicklich mit der Abfassung dieses wichtigen Dokuments beschäftigt. Ueber dessen Inhalt ist natürlich nicht Bestimmtes bekannt, aber nach Lage der Dinge ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Antwort so gehalten sein wird, daß sie keine schroffe Ablehnung der Wilsonschen Note enthält, sondern den Weg zu weiteren Verhandlungen offen läßt. Selbstverständlich dürfte in der Note auf das entschiedenste Verwahrung gegen die von Wilson erhobene Beschuldigung eingelegt werden, daß die Deutschen sich unnötige Grausamkeiten zuschulden kommen ließen. Wir haben nach dieser Richtung hin ein so gutes Gewissen, daß es nicht schwer fallen kann, die Wilsonsche Anschuldigung zu entkräften. Einstweilen wollen wir noch zu seiner Ehre annehmen, daß er sie in gutem Glauben und gestützt auf eine offenkundig falsche Information [illegible] er zum Beispiel amerikanische [illegible] dienstlich beauftragt hätte, diesen Beschuldigungen nachzugehen und in französischen Orten [illegible] zu halten, so würde er gewiß zu einer andern Ansicht gekommen sein. Was die anderen Punkte betrifft, so müßte ja eigentlich auch Präsident Wilson bei nochmaliger Ueberlegung der Sachlage und Einholung der Meinung militärischer Sachverständiger einsehen, daß eine Räumung der besetzten Gebiete und Einstellung des U-Boot-Krieges eine militärische Unmöglichkeit ist, solange kein Waffenstillstand vereinbart ist. Die deutsche Note wird, wie wir hoffen, dem Präsidenten Wilson noch einmal Gelegenheit geben zu zeigen, ob es ihm mit den vom ihm so feierlich proklamierten Rechtsgrundsätzen ernst ist und er die Macht hat, ihnen auch bei seinen Bundesgenossen Geltung zu verschaffen. Sie wird abermals wieder den Geist der aufrichtigsten Versöhnung atmen, und sollte sie nicht zu dem vom deutschen Volk lang erhofften Ziel führen, so müßte es auch den böswilligsten Ränkeschmieden in der Heimat klar sein, daß die Schuld nicht auf deutscher Seite liegt.

Man darf erwarten schreibt das „B. T." daß in der Note die Empfindungen zum Ausdruck gelangen werden, die der Ton der letzten Wilsonschen Kundgebung überall im deutschen Volke erweckt hat.

* * *

Neue Sitzung des Kriegskabinetts.

Berlin, 18. Oktober. Wie wir hören, findet heute abend 6 Uhr eine neuerliche Sitzung des sogenannten Kriegskabinetts statt, in der über die endgültige Fassung der deutschen Antwortnote Beschluß gefaßt werden soll. Die Absendung der Antwort dürfte vor Sonnabend nachmittag nicht zu erwarten sein.

* * *

Besprechungen zwischen Berlin, Wien, Konstantinopel.

Wien, 17. Oktober. Die „Neue Freie Presse" schreibt: Es ist anzunehmen, daß nach dem Eintreffen der Antwort Wilsons an die Monarchie und die Türkei gemeinsame Besprechungen der Vertreter Oesterreich-Ungarns, Deutschlands und der Türkei stattfinden werden. Zu diesen Konferenzen soll es sich um die Festlegung der gemeinsamen Stellungnahme zu den Vorschlägen der Entente handeln.

* * *

Die Arbeit der Hetzer.

Die Stimmungsmache der englischen Presse gegen den Abschluß eines Waffenstillstandes ist ungeheuerlich. Ganz abgesehen von den Leitartikeln der führenden Zeitungen, die sich fast durchweg leidenschaftlich dagegen erklären, bringen die meisten Blätter eine Flut von Artikeln und Zuschriften, die von Deutschland vor Beginn irgendwelcher Verhandlungen bedingungslose Uebergabe oder Sicherung verlangen, welche die Wiederaufnahme von Feindseligkeiten unmöglich machen würden.

* * *

An Deutschlands Männer und Frauen

richtet der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands einen Aufruf. Darin stellt er fest, wie Deutschland auf dem Wege vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat sei. „Der Wille des Volkes oberstes Gesetz" müssen das entscheidende Leitmotiv für die Regierung des Reiches und der Bundesstaaten bleiben. Leider sei die Lage des Landes bitter ernst. Der Aufruf fährt dann fort: „Deutschland und das deutsche Volk ist in Gefahr, das Opfer der Eroberungslust englisch-französischer Chauvinisten und Eroberungspolitiker zu werden.